

Für eine soziale und ökologische Landwirtschaft

Positionspapier verabschiedet an der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 10. Mai 2014 in Basel

Historisch war die Landwirtschaft eine der wichtigsten Voraussetzungen für die moderne Gesellschaft und die arbeitsteilige Wirtschaft. Erst dank der Agrikultur war es möglich Nahrung in ausreichendem Ausmass zu produzieren und damit Entwicklung und Wohlstand zu ermöglichen. Der Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise wirkte sich auch auf die Landwirtschaft aus und setzte hier ebenfalls die Rendite-Logik durch. Der eigentliche Zweck der Landwirtschaft, die Ernährung der Menschheit, steht seither global nicht mehr überall im Zentrum, die ungleiche Verteilung hat zugenommen.

Obwohl heute genügend Nahrung produziert wird, um alle Menschen ernähren zu können, leidet fast eine Milliarde Menschen an Hunger und Mangelernährung. Die absolute Zahl steigt noch immer. Die ‚freie Marktwirtschaft‘ ist offensichtlich in ihrer Hauptaufgabe – die Menschen zu ernähren – gescheitert. All jene, die nicht zahlungskräftig sind, werfen keinen Profit ab und ihre Bedürfnisse, auch ihr Grundbedürfnis nach Nahrung, wird von der kapitalistischen Produktionsweise und dem Marktmechanismus systematisch missachtet.

Jahrzehntelang haben die Staaten den Grosskonzernen in die Hände gespielt und in deren Profit-Interesse eine Liberalisierungswelle vorangetrieben, die zerstörerische Konsequenzen für Mensch und Natur hat. Entwicklungsländer wurden gedrängt Schutzzölle abzubauen und ihre Märkte zu öffnen, damit die oft selbst hochsubventionierten Grosskonzerne, meist aus den USA oder Europa, einen neuen Absatzmarkt finden. Das Versprechen, ein offener Markt führe in den Entwicklungsländern zu höherer Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand durch Export, war eine Lüge. Viele Entwicklungsländer wurden in die Schuldenfalle getrieben, Armut und Hunger stiegen weiter an, genau wie die Profite der Konzerne.

Das einzige Ziel einer kapitalistischen Landwirtschaft ist der Profit, damit beutet sie Mensch und Umwelt aus, und zerstört damit ihre eigenen Grundpfeiler. Hunger und Armut können nur in einem Wirtschaftssystem verhindert werden, welches ein Ende mit dem Zwang zur Profitmaximierung macht und dem stattdessen eine Produktionsweise zugrunde liegt, die auf den Prinzipien von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fusst. Die Landwirtschaft muss weltweit den Bedürfnissen der Menschen dienen, nicht dem Kapital. Deshalb setzt sich die JUSO für eine internationale, solidarische Politik ein, die den weltweiten Hunger ernsthaft bekämpft und bereit ist der Privatwirtschaft Grenzen zu setzen. Ziel einer sozialistischen Landwirtschaft ist es diese ihrem eigentlichen Zweck zurückzuführen: die Menschen zu ernähren, ohne Natur und Mensch auszubeuten. Die kapitalistische Landwirtschaft ist gescheitert – es ist Zeit, etwas zu verändern!

1. Förderung der lokalen Produktion

Die Landwirtschaft der meisten Länder ist heute auf die Nachfrage auf dem Weltmarkt ausgerichtet. Die Liberalisierungswelle der 90er Jahre und ein

verändertes Konsumverhalten haben auch dazu geführt, dass Nahrungsmittel lange Wege zurücklegen, bevor wir sie konsumieren. Die ökologischen Konsequenzen sind fatal.

Die Schweiz hat einen Nettoselbstversorgungsgrad von 52.5 Prozent¹, das heisst, die inländische Produktion deckt die inländische Nachfrage nicht; ein grosser Teil der Nahrungsmittel wird importiert. Die Industrienationen müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und die Produktion auf den vorhandenen Flächen aufrechterhalten. Damit diese Produkte auf dem Weltmarkt nicht jene aus den Entwicklungsländern konkurrenzieren, müssen jegliche Exportunterstützungen abgeschafft werden.

Aus ökologischer und sozialer Sicht ist es daher notwendig die lokale Produktion zu stärken.

Die JUSO Schweiz fordert:

- Mittels Direktzahlungen soll sich der Bund für den Erhalt der Schweizerischen Agrarfläche und deren ökologische Bewirtschaftung sowie für eine Förderung des Absatzes lokal produzierter Nahrungsmittel einsetzen.
- Darüber hinaus soll der Import von Produkten, die ökologisch sinnvoll lokal produzierbar sind, durch Importzölle beschränkt werden.
- Exportsubventionen sollen abgeschafft werden.

2. Produktion von tierischen Lebensmitteln

Das Konsumverhalten der Bevölkerung muss sich in eine nachhaltigere Richtung bewegen. Würde der durchschnittliche Fleischkonsum von einem Kilo Fleisch in der Woche pro Person um 50 Prozent reduziert werden, müssten schon heute keine Futtermittel, welche im Ausland unter hohem Ressourcenverbrauch produziert werden, mehr importiert werden.²

Hinzu kommt, dass der Konsum von tierischen Erzeugnissen massgeblich zum Klimawandel beiträgt. Die Produktion von tierischen Lebensmitteln bindet deutlich mehr Land und Ressourcen pro Kalorie und es ist nicht möglich, das weltweite Produktionsniveau dermassen zu steigern, dass man weltweit das aktuelle Fleischkonsumniveau der Schweiz erreichen könnte.

Die JUSO Schweiz fordert:

- Über die Direktzahlungen soll der Bund dafür sorgen, dass die Ackerfläche gegenüber der tierischen Produktion priorisiert wird, solange dies unter den gegebenen lokalen Umständen sinnvoll ist.
- Der Bund muss lenkende Massnahmen einleiten, welche den Konsum von tierischen Produkten minimieren

¹ Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL, 2012. Bericht zur wirtschaftlichen Landesversorgung 2009-2012.

Der Selbstversorgungsgrad ist definiert als die Inlandproduktion in Prozenten des inländischen Verbrauchs. Netto bedeutet hier dass die inländische Produktion basierend auf dem Import von Tierfuttermitteln um eben diesen Import korrigiert wird.

² <http://www.evb.ch/p19307.html>

- Drei vegetarische Tage pro Woche in staatlich finanzierten Kantinen und Mensen. Wo möglich soll auch ein veganes Alternativmenu angeboten werden.
- Besonders hohe Zölle auf den Import von tierischen Produkten und Futtermitteln.

3. Nachhaltige Schweizer Landwirtschaft

Das Bild der landwirtschaftlichen Produktion, welches in der Bevölkerung vorherrscht, weicht fundamental von der Realität ab. Dies ist zum einen auf die systematisch betriebene Desinformation der Agrarlobby zurückzuführen, zum anderen auf das Bild, welches von den PR-Kampagnen der Detailhändler vermittelt wird. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung ist auch die Schweizer Landwirtschaft intensiv und hoch mechanisiert,³ der Flächenanteil der biologischen Landwirtschaft beträgt nur knapp 11 Prozent⁴.

Die JUSO Schweiz fordert:

- Richtlinien und Gesetze bezüglich Tierschutz und Ökologie müssen verschärft und durchgesetzt werden. Dies gilt auch für Produkte, welche aus dem Ausland importiert werden.
- Der Bund soll einen Aktionsplan vorlegen, wie der Flächenanteil der biologischen Landwirtschaft innerhalb von 10 Jahren auf mindestens 20 Prozent erhöht werden kann.
- Damit auch in Zukunft die landwirtschaftliche Nutzung unserer Böden gewährleistet sein wird, muss auf den Schutz des Bodens in Zukunft ein besonderes Augenmerk gerichtet werden.
- Das System der Direktzahlungen, mit dem gewisse gemeinwirtschaftliche Leistungen, die die Landwirtschaft erbringen soll, gefördert werden, unterstützt die JUSO grundsätzlich.
- Der Bund muss dabei mit Direktzahlungen resp. Ökobeiträgen biologischen Anbau, Haltung und Produktion in besonderem Masse unterstützen.
- Der Bund soll Massnahmen ergreifen, um das Wegwerfen von Lebensmitteln von Produzent_innen, Detailhändlern und Konsument_innen zu reduzieren. Dazu prüft er etwa eine Lenkungssteuer auf Lebensmittelabfälle und lanciert eine öffentlichkeitswirksame Sensibilisierungskampagne.
- Lebensmittel sollen, wie vom Bundesrat⁵ vorgeschlagen, nur dann das Label „Schweiz“ verwenden dürfen, wenn 80 Gewichtsprozent des Produktes aus Schweizer Lebensmittel bestehen.
- Das bis 2017 bestehende Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen soll verlängert werden.

³ Baur Priska, Rentsch Hans, 2009. Agrarpolitische Mythen – Argumente zur Versachlichung der Debatte. Avenir Suisse.

⁴ http://www.bio-suisse.ch/media/Aktuell/Dokumente2011/Mediendossier/d_grafiken_bio_suisse_11.pdf

⁵ Bundesrat, 2009. Botschaft zur Änderung des Markenschutzgesetzes und zu einem Bundesgesetz über den Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen. Botschaft 09.086 vom 18.11.12

Die Schweizer Landwirtschaft besteht vor allem aus kleinen und mittleren Betrieben. Diese Strukturen sind jedoch nur dann zukunftsfähig, wenn vermehrt in Form von Genossenschaften zusammengearbeitet wird.

Die JUSO Schweiz fordert:

- Genossenschaftliche, nachhaltige Produktion muss gestärkt werden.

4. Schluss mit Hungerlöhnen in der Landwirtschaft - Anständige Arbeitsbedingungen für alle!

Landwirtschaftsarbeiter_innen haben mit langen Arbeitszeiten von bis zu 66 Stunden pro Woche bei extrem tiefen Löhnen die mitunter schwierigsten Arbeitsbedingungen überhaupt. Überdies unterstehen sie nicht dem Arbeitsgesetz und erhalten daher bei Nacharbeit keine Lohnerhöhungen, Freizeitkompensationen oder anderwärtigen Schutz.

Ausländische Landarbeiter_innen kriegen für wenige Monate eine Arbeitsbewilligung, meist zu unhaltbaren Dumping-Löhnen und bei menschenverachtender Unterkunft und Lebenssituation, und werden dann in ihre Heimat zurückgeschickt. Auch diese Form der Ausbeutung muss dringend bekämpft werden.

Doppelt hart trifft es häufig Bäuerinnen: Oft bleibt eine offizielle Deklaration als auf dem Hof angestellte Arbeitskraft aus, die Arbeit der Frau auf dem Hof wird als selbstverständlich erachtet. Damit sind die Frauen rechtlich schlechter gestellt und können keine solide Alterssicherung aufbauen. Zudem ist meist der Ehepartner als einziger Besitzer des Betriebs im Grundbuch verzeichnet: Im Falle einer Scheidung bedeutet dies, dass die Frauen mit leeren Händen dastehen.

Die JUSO Schweiz fordert:

- Der Bund muss einen nationalen Normalarbeitsvertrag mit einem Mindestlohn von 4000 Franken für Landarbeiter_innen erlassen.
- Alle Rechtslagen von Personen, die regelmässig auf dem Hof arbeiten, müssen ausgewiesen sein. Damit soll erreicht werden, dass insbesondere Bäuerinnen auch als erwerbstätig gelten.

5. Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln

Schweizer Finanzkonzerne, allen voran die Credit Suisse und die UBS spekulieren auf die Preise von Nahrungsmitteln und treiben diese damit künstlich in die Höhe. Sogar staatliche Institutionen, wie verschiedene Pensionskassen, beteiligen sich an dem Spiel mit dem Hunger. Die Ärmsten der Welt, die bis zu 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrung ausgeben, können sich die gestiegenen Preise nicht leisten. Kleinbäuer_innen sind gezwungen ihr Hab und Gut zu verkaufen und werden in Hunger und Armut gedrängt. Damit sind auch die Finanzkonzerne direkt am Hunger in der Welt schuld.

Die JUSO Schweiz fordert:

- Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln

- Der Bund soll sich international gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln einsetzen.

6. Die Rolle der Schweiz im globalisierten Handel

Einige wenige Grosskonzerne haben sich in den letzten Jahren enorme Marktmacht angeeignet. Beispielsweise kontrollieren die vier grössten Getreidehändler heute je nach Schätzung zwischen 75 und 90 Prozent des grenzüberschreitenden Getreidehandels. Einige multinationale Konzerne, die mit Agrarrohstoffen und Lebensmitteln handeln, haben ihren Sitz in der Schweiz. Allen voran die beiden Riesenkonzerne Nestlé und Glencore. Mit ihrer verantwortungslosen Art zu Wirtschaften beuten sie Mensch und Natur in anderen Ländern aus, und streichen dabei satte Gewinne ein. Nestlé beispielsweise erwirbt laufend Quellen- und Grundwasserrechte, kauft strategisch die Konkurrenten auf, und kann mit der geschaffenen Quasimonopol-Stellung auf Wasser die Preise diktieren und riesigen Profit auf Kosten der Bevölkerung abzocken. Die Schweiz lockt mit ihrer Dumping-Steuer-Strategie solche Unternehmen an und hat dementsprechend auch die Verantwortung zu tragen.

Mit Syngenta beheimatet die Schweiz auch einen der weltweit grössten Saatgutproduzenten. Die durch Patente geschaffene Monopolstellung der gigantischen Saatgutkonzerne führt zu massiver Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen, die die Kontrolle über ihr wichtigstes Produktionsmittel verloren haben. Damit schadet die Marktmacht dieser Konzerne der Produktion und verschärft den Hunger.

Die JUSO Schweiz fordert:

- Auch multinationale Konzerne müssen zur Verantwortung gezogen werden. Grosskonzerne mit Sitz in der Schweiz müssen rechtlich zu einer sozialen und nachhaltigen Wirtschaftsweise verpflichtet werden und auch für Tätigkeiten im Ausland, die Menschenrechte oder Umweltstandards verletzen, nach Schweizer Recht belangt werden können.
- Zur Stärkung der Unabhängigkeit von den multinationalen Saatgutproduzenten fördert der Bund die Schweizerische Saatgutproduktion.
- Die Schweiz setzt sich für ein Verbot von Saatgut-Patenten ein.
- Die Schweiz setzt sich auf internationaler Ebene gegen das menschenrechtsverletzende Landgrabbing ein.
- Bei nicht lokal produzierbaren Produkten, wie z.B. Orangen, soll der Bund für einen Import aus möglichst nah gelegenen Ländern wie Italien oder Spanien sorgen. Er hat sich über unsere Grenzen hinaus für eine ökologische und faire Produktion einzusetzen und soll ausserdem die Verlagerung der Transporte von der Strasse auf die Schiene fördern.

7. Kooperative Ernährungssouveränität

Um den Hunger auf der Welt bekämpfen zu können, müssen wir global denken, uns gegen die kapitalistische Produktionsweise einsetzen und die Demokratisierung der Landwirtschaft vorantreiben. Im Sinne der Ernährungssouveränität hat jedes Volk das Recht über die eigene Landwirtschaftspolitik demokratisch zu entscheiden. Nur

wenn die Länder wieder selbstbestimmt entscheiden können, wie die Nahrungsmittelproduktion gestaltet werden soll, kann den marginalisierten Kleinbäuerinnen und Kleinbauern eine sichere Zukunft garantiert werden. Das heutige internationale Handelssystem verwehrt jedoch gerade den Entwicklungsländern dieses Recht, da es ihren politischen Spielraum massiv einschränkt. Die Industrienationen müssen sich ihrer globalen Verantwortung bewusst werden und ihre Landwirtschaftspolitik auf die Auswirkungen auf Drittstaaten hin überprüfen. Gerade diese Auswirkungen sind heutzutage fatal. So werden zum Beispiel hochsubventionierte Nahrungsmittel zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt geworfen und zerstören so die lokalen Produktions- und Verkaufskreisläufe in Entwicklungsländern. Landwirtschaftspolitik muss nicht nur lokal, sondern auch global gerecht gestaltet werden, denn in einer globalisierten Welt geht es nie nur um nationalstaatliche Politik, sondern immer auch um Kooperation und internationale Solidarität.⁶⁷

Die JUSO fordert:

- Der Bund muss prüfen, wie sich die verschiedenen Instrumente der Landwirtschaftspolitik in der Schweiz auf Drittstaaten, insbesondere Entwicklungsländer auswirken.
- Die Landwirtschaftspolitik der Schweiz muss auch in ihren globalen Auswirkungen sozialen und ökologischen Standards gerecht werden.
- Die Schweiz muss sich auch in Europa und auf internationaler Ebene für eine global gerechte Landwirtschaftspolitik im Sinne der kooperativen Ernährungssouveränität einsetzen.

Heute werden genügend Nahrungsmittel hergestellt um 12 Milliarden Menschen zu ernähren. Dennoch leidet ein Siebtel der Weltbevölkerung an Hunger. Es handelt sich um das schlimmste Verteilungsproblem der heutigen Zeit, welches entstehen konnte, weil der Marktmechanismus den grossen Konzernen eine Macht garantiert, die über der Demokratie steht. Eine soziale und ökologische Landwirtschaft ist nur möglich, wenn die Ressourcen und Produktionsmittel gerecht verteilt werden. Wir müssen uns den demokratischen Spielraum zurückerkämpfen!

⁶ Bürgi Bonanomi, Elisabeth (2014): Von Ernährungssouveränität zu kooperativer Ernährungssouveränität. In: Widerspruch 64. Ernährung – Agrobusiness und Agrikultur.